



Ehrliche Politik für Buchkirchen

Klarstellungen zu Entwicklungen in Buchkirchen

UMSETZUNG

Probleme wurden benannt - Finanzierungswege wurden geschaffen -
Projekte wurden umgesetzt.

Wohnbau

Angst machen hilft niemandem:
Sachliche Fakten statt Verunsicherung der Bevölkerung

Gemeindepolitik

Ablenkung statt Transparenz?
Wie durch falsche Debatten von Fehlentwicklungen abgelenkt wird

Klarstellungen

Fragwürdige Aussagen richtiggestellt:
Was stimmt – und was nicht

Gemeinderat

Kurzfristige Vertagung erklärt:
Hintergründe zur letzten Gemeinderatssitzung

Verantwortung übernehmen.

Transparent entscheiden.

Zukunft gestalten.

SPÖ Buchkirchen



In den vergangenen Wochen wurden in der ÖVP-Zeitung, einmal mehr, Aussagen veröffentlicht, die so nicht den Tatsachen entsprechen. Gerade bei sensiblen Themen wie Ortsentwicklung, Wohnbau, Personal und politischer Arbeit ist es wichtig, bei den Fakten zu bleiben und die Bevölkerung korrekt zu informieren. Wer heute über die Entwicklung unserer Gemeinde spricht, darf die Fehler der Vergangenheit nicht ausblenden. Viele der Probleme, die Buchkirchen bis heute beschäftigen – verzögerte Projekte, unerklärte Planungen und teure Fehlentscheidungen – sind das Ergebnis einer jahrelangen Politik ohne klare Linie. Diese Verantwortung liegt vor allem bei der ÖVP, die über lange Zeit die Richtung vorgegeben hat. Aber nicht nur bei Ihr. Jedoch hat, im Wahlkampf 2021, die ÖVP davon gesprochen „Sie sei die Lokomotive von Buchkirchen“. Umso erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet jene Partei nun in ihrer Zeitung mit falschen Darstellungen, fragwürdigen Aussagen, unvollständigen Informationen und offenkundiger Unkenntnis der geltenden Rechtslage auftritt. Statt sorgfältiger Recherche werden Behauptungen verbreitet, die einer rechtlichen und faktischen Überprüfung nicht standhalten. Die SPÖ Buchkirchen steht für Transparenz, Offenheit, Rechtssicherheit und Fakten statt Gerüchten. Aber auch die Dinge klar anzusprechen. Wir halten nichts davon, durch verkürzte Darstellungen, sowie falsche Behauptungen Verunsicherung zu erzeugen oder Stimmung zu machen. Unsere Verantwortung ist es, Entscheidungen nachvollziehbar zu erklären und aufzuzeigen, wie sie zustande kommen.



Mit dieser Ausgabe möchten wir daher Klarstellungen vornehmen, Fehlinformationen richtigstellen, fragwürdige Aussagen darlegen und wie die tatsächlichen Beschlüsse, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen aussehen.

Nicht als Gegenangriff, nicht als Schuldzuweisung, sondern als Beitrag zu einer ehrlichen und fairen politischen Diskussion – im Interesse aller Buchkirchnerinnen und Buchkirchner. Denn ehrliche Politik beginnt mit Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Nikon BAUMGARTNER
Bürgermeister

Benjamin OBERMEIER
Obmann SPÖ

Vom Wahlprogramm zur Umsetzung

2021 hat die Wahlliste **NIKON BAUMGARTNER Team SPÖ kein Wahlprogramm nur mit Überschriften** präsentiert, sondern mit konkreten Problemen, die viele Menschen täglich betreffen.

Andere Parteien traten lediglich mit Schlagworten auf wie „mit Herz und Verantwortung für Buchkirchen“, „mehr Elan für Buchkirchen“ oder „mit Euch“.

Nur die SPÖ hat klar benannt, was konkret zu tun ist.

Schon damals kam Kritik: Dieses Programm sei nicht umsetzbar. Vieles brauchen wir auch nicht.

Heute, vier Jahre später, zeigt sich: Es war nicht nur umsetzbar, es war vor allem notwendig.

- Trinkwasserversorgung – Versprechen eingelöst (2022–2026)

Die Verbesserung der Wasserversorgung, unter anderem im Ortsteil Hupfau, war ein zentrales Thema.

Planungsbeginn: 2021 - Trinkwasserversorgungskonzept 2030

Umsetzung: Notwasserleitung nach Mistelbach - Fertigstellung 2024, Ortswasserleitung in Schusterstraße, Schmiedgasse, Kammerbergstraße, Unterholzstraße – Fertigstellung 2025, Ottenhamerstraße wird 2026 folgen.

SPÖ Buchkirchen - Politik mit offenen Karten vom Wahlprogramm zur Umsetzung

Ergebnis ist eine deutlich bessere Versorgungssicherheit und Wasserqualität.

- [Straßenbau und Sicherheit – intelligent mitgeplant - Infrastruktur gerecht finanzieren – neue Regeln seit 2022](#)

Straßenprojekte werden seit 2022 gemeinsam mit Wasserleitungs- und Kanalbau, sowie bereits bei Umwidmungen (Wohn- u. Betriebsbau) mitgeplant. Das hat einen entscheidenden Vorteil:

Der Straßenbau konnte über Erweiterungsaufträge deutlich günstiger mitfinanziert werden, weil ohnehin gebaut wurde. Infrastrukturabgaben und Grundabtretungen bei Umwidmungen ermöglichen überhaupt erst Projekte, wie verbesserte Straßen, auch umzusetzen.

So werden Maßnahmen gebündelt, Kosten reduziert und Straßen nachhaltig verbessert – auch in den Ortsteilen, nicht nur im Zentrum.

Damit Wachstum nicht auf Kosten der Allgemeinheit geht, wurden eingeführt:

- Infrastrukturabgaben – die den Infrastrukturbedarf abdecken.
- Grundabtretungen – die, die Umwidmungswerber und das Projekt nicht überfordern.
- soziale Abgaben bei Umwidmungen – um Rücklagen für Kindergarten, Schule, Feuerwehren bilden zu können oder Projekte zu finanzieren.

Diese Beiträge fließen direkt in Straßen, Wasser, Kanal und soziale Infrastruktur. Parallel dazu wurde eine konsequente Entschuldungsstrategie verfolgt.

Ein größerer finanzieller Handlungsspielraum entstand aber auch durch:

- Höhere u. zusätzliche Kommunalsteuereinnahmen
- Anschlussgebühren neuer Wohnhäuser, neuer Betriebe, sowie Betriebserweiterungen
- Landes – u. Bundesmittel (KIP) und aus dem Härteausgleichsfond

Die Gemeindegeldschulden konnten alleine 2025 um rund 2,9 Mio. Euro reduziert werden.

Viele Projekte wären ohne die neue Finanzierungslogik und die Entschuldungsstrategie nicht möglich gewesen.

Das Wahlprogramm 2021 war kein Wunschzettel von der SPÖ selbst.

Es war eine ehrliche Analyse der Probleme, Wünsche der Bevölkerung und ein Plan den es galt und gilt umzusetzen.

Viele Vorhaben wie - Verkehrssituationen verbessern – Schulweg, Gehweg Friedhof, neue Ortsgebiete, Ausbau Ortswasserleitung, Straßensanierungen, Erweiterung Veranstaltungszentrum, Einführung Bürgerfragestunde, Digitalisierung Gemeindeamt u.a. -wurden bereits umgesetzt. Leistbares Wohnen, Rad u. Gehwege, Freizeitanlage, Kinderspielplätze, Begegnungszonen, wie eine Hundefreilaufzone, sind weiter auf unserer Agenda, auch wenn durch großen Widerstand der anderen Gemeinderatsfraktionen es mehrfach zu Verzögerungen oder zur Ablehnung (Rad – u. Gehweg Oberhoherenz, Hundefreilaufzone) kommt.

Das **NIKON BAUMGARTNER Team SPÖ-Wahlprogramm 2021** war keine Sammlung von Schlagworten oder Überschriften, sondern eine Liste konkreter Aufgaben.

So verstehen wir Verantwortung in der Gemeindepolitik:

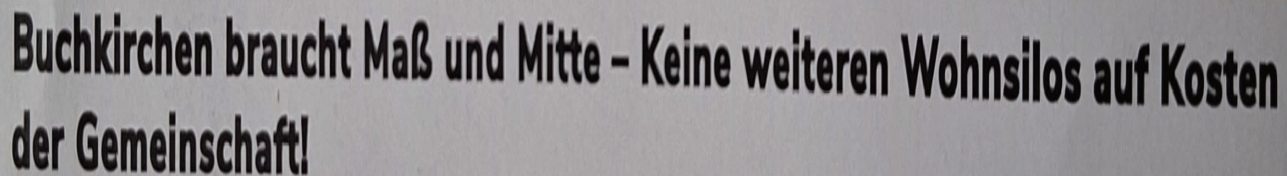
Probleme wurden benannt und Finanzierungswege wurden geschaffen!

Projekte wurden umgesetzt und „nebenbei“ auch noch Schulden reduziert!

Eine Klarstellung der SPÖ zum Bericht von Gemeinderat Peter Krinzinger

Was Gemeinderat Peter Krinzinger zuletzt zur Wohnbaupolitik in Buchkirchen geschrieben hat, ist weniger politische Analyse als vielmehr eine Aneinanderreihung haltloser Behauptungen. Wer Verantwortung trägt, sollte mit Fakten arbeiten, nicht mit Schlagworten, die Ängste schüren und Menschen abwerten.

„Keine weiteren Wohnsilos auf Kosten der Gemeinschaft“ - „Geordnete Entwicklung statt wildem Wohnbau“ – eine respektlose Wortwahl zum einen und rechtliche Unkenntnis zum anderen!



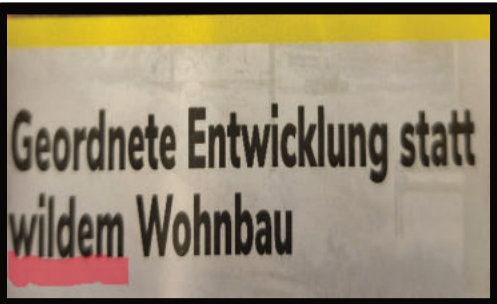
Buchkirchen braucht Maß und Mitte – Keine weiteren Wohnsilos auf Kosten der Gemeinschaft!

Wenn Gemeinderat Peter Krinzinger von „keine **weiteren** Wohnsilos“ schreibt und damit Mehrparteienwohnhäuser in der Hundshamer- und Kreuzlandstraße meint, dann ist das nicht nur sachlich falsch, sondern auch respektlos gegenüber den dort lebenden Menschen.

Was will er damit eigentlich sagen?

Diese Wohnhäuser sind Teil unseres Ortes, sie sind architektonisch angepasst und vor allem: Sie sind die Heimat von Menschen. Viele der dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Feuerwehren, Pfarren oder im sozialen Bereich. Anonyme „Wohnsilos“ gibt es in Buchkirchen nicht – wohl aber ein lebendiges Miteinander.

Diese Häuser sind kein anonymer Beton, sondern das Zuhause von Buchkirchnerinnen und Buchkirchnern.



Geordnete Entwicklung statt wildem Wohnbau

Auch von „wildem Wohnbau“ kann keine Rede sein. Die **O.Ö.Bauordnung** setzt hier enge rechtliche Grenzen: Wohnbau ist nur dort möglich, wo Flächen rechtskräftig gewidmet sind, erforderliche Baupläne, Einreichunterlagen und behördliche Genehmigungen vorliegen und jedes einzelne Projekt ein behördliches Genehmigungsverfahren durchläuft.

Entscheidungen erfolgen transparent und auf Basis von Gemeinderatsbeschlüssen, nicht willkürlich und nicht über Nacht.

Wer anderes behauptet, verunsichert bewusst die Bevölkerung und ignoriert die geltende Rechtslage.

Gebührenpreisspirale – Ursache „absichtlich“ verdreht

Der ÖVP - Gemeinderat behauptet, mehr Einwohner würden automatisch höhere Gebühren verursachen. Diese Behauptung ist fachlich nicht haltbar. Das Gegenteil ist richtig: Mehr Einwohner bedeuten auch mehr Einzahler in das Gebührensystem. Mittel- bis langfristig kann das helfen Gebührenerhöhungen abzufedern und eigentlich stabilisiert das den Gebührenhaushalt.

Unwahrheiten, Angstmache, Geschichtsvergessenheit!

Die derzeitigen Gebührenerhöhungen sind eine direkte Folge der hohen Inflation und explodierender Kosten – das weiß jeder, der sich ernsthaft mit Gemeindefinanzen beschäftigt. Die eigentlichen Preistreiber sind steigende Energie-, Bau- und Betriebskosten und die betreffen alle Gemeinden.

Erhöhte Verwaltungskosten und zusätzlicher Personalaufbau – laut Dienstpostenplan unmöglich

Auch die Aussage, es seien bereits zusätzliche Mitarbeiter „aufgebaut“ worden, widerspricht den Fakten und hält jeder Überprüfung stand. Der Dienstpostenplan wird jährlich gemeinsam mit dem Voranschlag beschlossen und lässt keinen willkürlichen Personalaufbau zu. Dass Gemeinderat Krinzinger diesen grundlegenden Ablauf entweder ignoriert oder verschweigt, ist bemerkenswert.

„Ländlicher Charakter in Gefahr“ – reine Stimmungsmache - ein Blick auf die Realität

Mit den bestehenden und geplanten Bebauungen bleiben in Buchkirchen weiterhin rund 70 % der Gemeindefläche landwirtschaftlich genutzt. Der ländliche Charakter ist also keineswegs gefährdet.

Besonders unglaublich wird diese Kritik, wenn man sich die Vergangenheit ansieht: Die ÖVP war gegen nahezu jedes größere Bauvorhaben – vom Neubau Gemeindeamt über den Wohnbau in der Kreuzlandstraße, die Reihenhäuser im Anzengruberweg bis hin zum betreubaren Wohnen. Gleichzeitig zeigt die Geschichte der Gemeinde, dass diese Bauprojekte immer Teil einer verantwortungsvollen Weiterentwicklung waren.

Alle Projekte, die heute selbstverständlich und anerkannt sind.

Die entscheidende Frage lautet daher:



Warum wird der Bevölkerung immer wieder Angst vor Wohnbau gemacht?

An den angeblichen Mehrkosten kann es nicht liegen. Wäre diese Logik richtig, müssten Gemeinden wie Gunskirchen, Hörsching, Steinhaus oder Thalheim b. Wels längst Abgangsgemeinden sein, jedoch das Gegenteil ist der Fall.

Wer Entwicklung blockiert und Fakten verdreht betreibt keine verantwortungsvolle Gemeindepolitik. Buchkirchen braucht Ehrlichkeit, Fakten und Verantwortung. Pauschale Schlagworte und unbelegte Behauptungen helfen niemandem, weder der Bevölkerung noch der Entwicklung unserer Gemeinde.

Buchkirchen braucht ehrliche Diskussionen und sachliche Entscheidungen – keine populistischen Schlagworte auf Kosten der Bevölkerung.

SPÖ Buchkirchen - Politik mit offenen Karten

Ablenkung statt Aufarbeitung

Wie die ÖVP Buchkirchen jahrelang Sand in die Augen streute!



Es ist ein altbekanntes Muster: Wenn die Fakten unangenehm werden, versucht die ÖVP, die Diskussion umzulenken. Kritik wird zur „Unterstellung“, Hinweise auf Versäumnisse werden als „persönlicher Angriff“ dargestellt, und die eigene Verantwortung wird hinter „emotionalen Schlagworten“ (Schmutzkübel) versteckt. Doch irgendwann hilft auch die beste Ablenkungspolitik nicht mehr. Die Realität hat Buchkirchen spätestens 2022 eingeholt und sie ist nüchterner, als es so manchem lieb ist.

Die Wahrheit, die die ÖVP nicht hören will!

Einwohner sind nicht nur Menschen, die in einer Gemeinde leben. Im österreichischen Gemeindesystem sind sie auch eine zentrale Einnahmequelle.

Das ist **nicht** „polemisch“ gemeint, sondern **rein** mathematisch:

Mehr Einwohner = mehr Bundesertragsanteile.

Weniger Einwohner = weniger Geld.

So einfach ist das. Und jeder Bürgermeister, jeder Vizebürgermeister und jeder Gemeindepolitiker, der seriös arbeitet, weiß das.

Ein Lerneffekt, der längst hätte stattfinden müssen.

Außer man will es nicht wissen.

Andere Gemeinden haben es verstanden: Sie schaffen Wohnraum, entwickeln Betriebsbaugebiete und investieren in Lebensqualität, weil sie wissen, dass Wachstum kein Modewort ist, sondern die Grundlage für finanzielle Stabilität.

Und Buchkirchen?



- 12 Jahre lang wirtschaftlicher und finanzieller Stillstand unter der Verantwortung der ÖVP.
- 12 Jahre, in denen andere Gemeinden an uns vorbeigezogen sind.
- 12 Jahre, in denen man auf Bilder (Bilderstrecke in ÖVP Zeitung) gesetzt hat, die nur Kosten und Ausgaben darstellen, statt auf echte Entwicklung.

Doch wenn man auf die Zahlen schaut, wird klar:

Dieses „Nicht-Wachstum“ hat uns viel Geld gekostet.

Wenn jemand diese einfache Wahrheit anspricht, reagiert die ÖVP reflexartig:

- „Das stimmt nicht.“
- „Das sind Unterstellungen.“
- „Das ist politischer Angriff.“
- „Wir lassen uns nichts vorwerfen.“

SPÖ Buchkirchen - Politik mit offenen Karten

Ablenkung statt Aufarbeitung

Am liebsten hätte man wohl, dass niemand über Einwohnerzahlen spricht.

Oder darüber, dass die Bevölkerungsentwicklung über die Höhe der Ertragsanteile entscheidet.

Oder darüber, dass die Gemeinde jahrelang finanziell auf der Stelle getreten ist.

Aber Gemeinden funktionieren nun mal nicht nach Wunschdenken, sondern nach einem klaren Finanzierungssystem.

Wer das Grundprinzip der Gemeindefinanzen ignoriert, kann zwei Dinge nicht:

- Eine Gemeinde wirtschaftlich führen und Verantwortung für Versäumnisse übernehmen.
- Dass die ÖVP dieses Thema so verbissen wegschiebt, hat einen einfachen Grund:

Wer zugibt, dass Einwohnerzahlen Geld bedeuten, muss auch zugeben, dass der eigene verursachte Stillstand teuer war.

Die SPÖ setzt klar auf Entwicklung und Zahlen statt Ausreden.

Während die ÖVP weiterhin versucht, mit Ablenkungen Stimmung zu machen, hat die SPÖ verstanden, worum es wirklich geht:

- **Bevölkerungswachstum aktiv begleiten**
- **Betriebsbaugebiete tatsächlich entwickeln**
- **Wohnraum schaffen statt darüber reden**
- **Ertragsanteile erhöhen, statt sie als „nebensächlich“ abzutun**
- **Finanzen stabilisieren statt Probleme zu verschleiern**

Die positive Entwicklung im letzten Jahr kommt nicht von ungefähr – sie ist das Ergebnis von Arbeit, nicht von Ausreden.

Zahlen lügen nicht – aber manche würden es gerne so verkaufen.

Das österreichische Gemeindesystem basiert auf Fakten, nicht auf Fantasie.

- **Wer Einwohner gewinnt, gewinnt finanzielle Stabilität.**
- Wer Einwohner verliert oder keine neuen anzieht, verliert Geld.
- Und wer Kritik daran als „Ablenkung“ oder „Angriff“ darstellt, betreibt selbst Ablenkungspolitik.

**Buchkirchen hat den Stillstand teuer bezahlt und
die SPÖ sorgt dafür, dass wir nicht noch einmal denselben Fehler machen.**

Gemeindevorstand Peter Rührnössl

Buchkirchner Gemeinderat hat alle Infos

Chaos bei ÖVP, FPÖ und Grüne im Gemeinderat

Gesamte Gemeinderatssitzung vertagt



Chaos bei ÖVP, FPÖ und Grüne im Buchkirchner Gemeinderat

Aus meiner Sicht als SPÖ-Fraktionsobmann war die Vertagung der gesamten Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 2025 ein peinliches politisches Schauspiel und eine „Machtdemonstration“ von ÖVP, FPÖ und Grünen gegen unseren Bürgermeister. Besonders irritierend für mich war schon der Ablauf unmittelbar vor Sitzungsbeginn: Nur fünf Minuten vor Sitzungseröffnung haben die Fraktionsobmänner von ÖVP, FPÖ und Grünen versucht, den

Bürgermeister zur Absage der Sitzung zu drängen, ein rechtlich gar nicht möglicher Schritt. Ich wurde über diese Vorgangsweise weder informiert noch in die Gespräche einbezogen.

Ich halte fest: „Informationen waren rechtzeitig vorhanden“

Als Begründung nannten die drei Fraktionen zu kurzfristige, und unzureichende Informationen durch den Bürgermeister. Diese Darstellung steht jedoch im Widerspruch zu den Fakten: 22 von 27 Tagesordnungspunkten waren bereits im Vorfeld in Ausschüssen, Fraktionsgesprächen und einer eigenen Budget-Sitzung behandelt worden. Die nicht im Vorfeld behandelten Punkte waren Berichte und der Tagesordnungspunkt „Allfälliges“.

Informationen werden stets von der Verwaltung verteilt, um die Fraktionen mittels Amtsvorträgen bei der Informationsbeschaffung zu unterstützen.

Aus meiner Sicht war die Vertagung der **gesamten** Gemeinderatssitzung durch ÖVP, FPÖ und Grüne ein sehr teurer Blödsinn. Meine SPÖ-Gemeinderäte habe ich bereits sechs Tage vor der Sitzung im Rahmen einer internen Fraktionsbesprechung umfassend informiert. Sämtliche relevanten Unterlagen lagen zu diesem Zeitpunkt vor. Informationsquelle war das Informationsportal für Gemeinderäte. Alle Fraktionsobmänner haben dazu einen uneingeschränkten Zugang. Weiter wurden vier abgeänderte Gebührenordnungen den Fraktionsobmännern eine Woche vor der GR – Sitzung in ausgedruckter Form übergeben.

Umso unverständlicher ist für mich, dass die Fraktionsobmänner Krinzinger Peter (ÖVP), Lehner Hermann (FPÖ) und Hihn Andreas (Grüne) offenbar nicht in der Lage waren, sich selbst und ihre eigenen Gemeinderäte rechtzeitig zu informieren. „Warum schafft das die SPÖ, andere Fraktionen aber nicht?“, frage ich mich als SPÖ-Fraktionsobmann. Der Bürgermeister hat eine Woche vor Sitzungsbeginn noch ein weiteres Fraktionsgespräch zwei Tage vor der Gemeinderatssitzung angeboten, dieses wurde aber von ÖVP, FPÖ und Grüne als nicht notwendig empfunden und abgelehnt.

Bürgermeister Nikon Baumgartner wies in der Sitzung ausdrücklich darauf hin, dass Beschlüsse über zusätzliche Vereinsförderungen (Musikverein, Union, FF Buchkirchen, FF Mistelbach) nur mehr im Jahr 2025 möglich sind. Durch die Vertagung könnten diese nicht gefasst werden. Ebenso könnten die Planungsleistungen für das Feuerwehrhaus Mistelbach nicht begonnen und die Unterstützung für den Umbau des Tennis-Heimes nicht beschlossen werden.

Buchkirchner Gemeinderat hat alle Infos

Tag danach - peinliches Nachspiel

Trotz dieser absehbaren Folgen wurde die Vertagung der gesamten Gemeinderatssitzung von ÖVP, FPÖ und Grüne beschlossen!

Tag danach - peinliches Nachspiel

Bereits am Tag nach der Vertagung dürfte man im Lager von ÖVP, FPÖ und Grüne erkannt haben, dass das Vorgehen weder professionell noch argumentierbar war.



Sieben Gemeinderatsmandatäre (Hihn Andreas, Schmidt Alois- Grüne, Vzbgm. Strasser Thomas, Krinzinger Peter, Lettner Anna, Stieger Johannes - ÖVP und Steinerberger Helmut - FPÖ) stellten daraufhin einen (hektischen) Antrag an Bürgermeister Nikon Baumgartner, eine neue Sitzung einzuberufen, die aber, laut Gemeindeordnung, erst innerhalb eines Monats stattfinden muss. Auch die zu behandelnden Tagesordnungspunkte waren unvollständig, da der Voranschlag 2026 fehlte und somit zentrale Beschlüsse, wie Planungsleistungen für das Feuerwehrhaus Mistelbach und die Unterstützung für den Umbau des Tennis-Heimes wären somit weiterhin verzögert worden.

Bürgermeister Nikon Baumgartner hatte selbstverständlich jedoch bereits selbst eine neue Gemeinderatssitzung, mit **Allen** vertagten Tagesordnungspunkten, für Freitag, den 19. Dezember 2025 einberufen, um Schäden für Vereine und Einsatzorganisationen möglichst abzuwenden.

Eine **zusätzliche** Gemeinderatssitzung, die noch dazu absolut vermeidbar war, verursacht erhebliche Mehrkosten, mit denen wir beispielsweise für mindestens zwei Jahre geförderte Eintrittskarten für den Zoo Schmiding an unsere Buchkirchner Familien vergeben hätten können. Dieses Angebot gibt es aus **Sparmaßnahmen** (Originalzitat ÖVP und FPÖ) im Gegensatz zu fast Allen Wels Land Gemeinden in Buchkirchen nicht.

Liebe Buchkirchnerinnen! Liebe Buchkirchner!

Wir haben in der SPÖ Aktiv Buchkirchen Ausgabe 25/1 mit dem Artikel „Buchkirchner Gemeinderat hat alle Infos – aber keine Zusammenarbeit“ diese Problematik der fehlenden oder schlechten Zusammenarbeit bereits aufgezeigt. Durch dieses Vorgehen von ÖVP, FPÖ und Grüne wurde dieses falsche politische Verhalten leider vollinhaltlich bestätigt. Diese Fraktionen sollten ihr Verständnis von politischer (Zusammen)Arbeit dringendst überdenken. Die Hand des Bürgermeisters, des Gemeindeamtes und der SPÖ ist weiter zur Zusammenarbeit ausgestreckt. Sie sollte jedoch nicht regelmäßig von ÖVP, FPÖ und Grüne weggeschlagen werden.

SPÖ Fraktionsobmann Karl Angerer

Fragwürdige Aussagen von ÖVP-Obmann Vizebürgermeister Thomas Strasser!!!



Die jüngsten Aussagen von ÖVP-Obmann und Vizebürgermeister Thomas Strasser im Editorial „Daheim in Buchkirchen“ erfordern eine sachliche Klarstellung, weil sie den politischen Diskurs verzerren und von den tatsächlichen Abläufen im Gemeinderat ablenken.

„MÄRCHEN vom STILLSTAND!“

Das im Editorial beschworene „Märchen vom Stillstand“ hält einer sachlichen Betrachtung nicht stand. Die Entwicklung unserer Gemeinde ist messbar, dokumentiert und öffentlich nachvollziehbar. Stagnierende Einwohnerzahlen (kein Wohnbau), verzögerte Projekte (Kinderbildungscampus) und jahrelang angekündigte, aber nicht umgesetzte Vorhaben (Betriebsbaugebiet Buchkirchen Mitte) sind keine Unterstellungen der SPÖ, sondern Realität. Bestätigt auch durch die Bilderreihe in der letzten ÖVP – Publikation, wo sich nur Fotos von Kosten und Ausgaben befanden. Während bei einnahmenseitigen Maßnahmen lediglich Skizzen (Wohnbau) und das Bild vom Wegweiser „Wirtschaftspark Buchkirchen Mitte“ gezeigt wurde. Es wird in keinsten Weise kritisiert, dass ALLES schlecht war, aber ein Wegweiser ersetzt leider keine Arbeitsplätze, sowie Einnahmen durch die Kommunalsteuer und in einer Skizze eines Wohnprojektes wohnen nun mal keine Menschen. Wer diese Fakten als parteipolitische Strategie abtut, erkennt nicht das der **einnahmenseitige Stillstand**, der falsche Weg war und entzieht sich somit der eigenen Verantwortung.

„Wir vermeiden weiterhin ÜBERSTÜRZTE BESCHLÜSSE!“

Weiter wird in der öffentlichen Darstellung behauptet, man vermeide überstürzte Beschlüsse, die nur der Außendarstellung dienen und dem Gemeinwohl wenig bringen. Auch diese Darstellung ist so nicht richtig und bedarf auch einer Berichtigung.



Tatsächlich ist es die ÖVP selbst, die Tagesordnungspunkte direkt in den Gemeinderat, ohne Vorbehandlung im Ausschuss oder in Fraktionsgesprächen, sowie, gerade in letzter Zeit vermehrt, **dringliche Anträge** einbringt. Dringliche Anträge erzwingen oftmals Entscheidungen unter Zeitdruck, besonders, weil in der Debatte nach relativ kurzer Zeit der Geschäftsordnungsantrag von der ÖVP auf „Ende der Debatte“ eingebracht wird. Ein oftmals wiederkehrendes Schauspiel.

Überstürzte ÖVP – Anträge wie:

„**Ankauf von einem rund 11.500 m² großen Baugrundstück**“, dessen langfristige Auswirkungen bis heute Fragen aufwerfen, „**Ausweisung Neuplanungsgebiet Steinkellner Gründe**“, „**Fortführung Gehweg zum Gemeindefriedhof**“, „**Einstellung aller Maßnahmen der Gemeinde zum Thema Ganztageschule**“, „**Neuplanungsgebiet in der südlichen Siggstraße**“, wo viele Gemeinderäte glauben eine Neuplanung hat eine aufschiebende Wirkung auf das Bauverfahren. **Alle darzustellen würde leider den Rahmen sprengen.**

Diese Anträge wurden nicht zufällig gestellt: **Antragsteller waren ÖVP-Obmann Thomas Strasser und der ÖVP-Gemeinderat Peter Krinzinger.**

Auch die kurzfristige Vertagung der gesamten Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 2025, bei der zahlreiche sachlich vorbereitete und inhaltlich notwendige Tagesordnungspunkte nicht behandelt wurden, **stützt eine, vom ÖVP Obmann in Abrede gestellte, überstürzte Vorgangsweise.**

Es widerspricht auch der Behauptung, man handle besonders umsichtig und im Sinne des Gemeinwohls. Verantwortungsvoller Umgang in der Gemeindepolitik bedeutet Planung, Transparenz und Entscheidungsreife – keine überstürzten Anträge und Beschlüsse.

„Öffentliches Herabwürdigen von Menschen, die sich seit Jahren für Vereine, Gemeinschaft und Ehrenamt einsetzen!“

Wenn Gemeinderäte der ÖVP in Sitzungen fragen „Was habe ich davon?“ oder erklären, „Nur der Bürgermeister ist der Wahrheit verpflichtet“, offenbart das ein fragwürdiges Verständnis von politischer Arbeit. Wenn jetzt aber pauschal der Eindruck erweckt wird, Kritik an politischen Aussagen richte sich gegen Menschen, die sich für Vereine, Gemeinschaft oder im Ehrenamt engagieren, so ist das unredlich. Ehrenamtliches Engagement verdient Respekt! Es ersetzt aber keine politische Auseinandersetzung mit Fakten, Beschlüssen und Verantwortung. Ehrenamt hat nichts mit Wahrheit und Moral politischer Aussagen zu tun. Diese müssen sich an Transparenz, Rechtmäßigkeit und dem Gemeinwohl messen lassen. Ehrenamt ist kein politischer Schutzschild. Kritik an politischen Aussagen oder Entscheidungen ist keine Herabwürdigung des Ehrenamts. Was jedoch klar zurückzuweisen ist: der vermeintliche Versuch der ÖVP, sich hinter dem Ehrenamt zu verstecken, um politische Verantwortung abzuwehren.

„Politische RECHTFERTIGUNG!“

Auch der Satz von Vizebürgermeister Thomas Strasser: „Er habe nie das Gefühl gehabt, sich, für seine langjährige Arbeit, rechtfertigen zu müssen“, spricht Bände.



Öffentliche Funktion bedeutet Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und diese schließt Rechenschaftspflicht mit ein. Wer politische Verantwortung trägt und mit Steuergeld arbeitet, ist jederzeit rechenschaftspflichtig. Nicht freiwillig, sondern im Auftrag der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, lieber Thomas,

politische Arbeit lebt von unterschiedlichen Sichtweisen und vom offenen Austausch. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Verantwortung, Transparenz und Wahrhaftigkeit für alle Mandatarinnen und Mandatare gleichermaßen gelten.

In den vergangenen Monaten gab es Aussagen aus Reihen der ÖVP, die bei der SPÖ und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Irritation ausgelöst haben, sowie Fragen zum politischen Selbstverständnis aufwerfen. Solche Aussagen sollten Anlass zur Reflexion sein, denn sie prägen das Vertrauen in die politische Arbeit insgesamt.

Es geht dabei nicht um persönliche Auseinandersetzungen, sondern um die gemeinsame Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Jedes politische Mandat bringt Pflichten mit sich – insbesondere die Pflicht zur Sorgfalt, zur Rechenschaft, zur Klarheit und zur Bereitschaft, Kritik anzunehmen.

Wir sind überzeugt, dass Buchkirchen von einem sachlichen, respektvollen Miteinander profitiert. Unterschiedliche Meinungen dürfen klar vertreten werden, jedoch ohne den politischen Dialog zu belasten oder zu polarisieren. Dafür braucht es Offenheit und gegenseitigen Respekt.

**Die SPÖ Buchkirchen steht für diesen Weg:
kritisch in der Sache, konstruktiv im Umgang.**

Vizebürgermeister und SPÖ – Obmann Benjamin Obermeier



Mit dem Winkler-Plan für ein starkes Oberösterreich überwinden wir den Stillstand

Hohe Energiekosten, steigende Wohnpreise, Gemeinden am finanziellen Abgrund und ein Gesundheitssystem am Limit belasten unsere Haushalte und Betriebe. Die SPÖ OÖ steht auch 2026 bereit, mit Martin Winkler an der Spitze einen politischen Kurswechsel einzuschlagen, der OÖ wirtschaftlich stark und reicher, energiepolitisch unabhängig und sozial gerechter macht.

DIE JAHRESAUFTAKTKLAUSUR DER SPÖ OÖ

Bei der traditionellen Jahresauftaktklausur des Vorstands der SPÖ OÖ stellten wir die Weichen für das politische Jahr 2026. Denn bei uns gilt: Jede Stimme zählt, jede Meinung wird gehört. Der offene und respektvolle Austausch zwischen Jung und Alt, Stadt und Land und den unterschiedlichen Organisationen macht unsere Partei politisch so kraftvoll.

DER WINKLER-PLAN FÜR EIN STARKES OÖ

Mit dem Winkler-Plan formulieren wir unseren Anspruch für 2026:

Energie: OÖ zahlt viel zu hohe Stromrechnungen. „Wir haben Wasser, Berge, Sonne und Wind. Das müssen wir nutzen, damit Energie wieder leistbar wird. Mit Kombikraftwerken aus Wind und PV mit Batteriespeichern erzeugen wir Energie aus der Region für die Region. So werden wir unabhängig vom Ausland und der Strompreis sinkt durch mehr Angebot“, erklärt Martin Winkler.

Wohnbau: „Die Wohnbaumilliarde wurde weit nicht ausgeschöpft und mehr als 74 Mio. Euro sind bereits verloren, weil sie vom FPÖ-LH-Stv. nicht abgeholt wurden. Wir werden mehr Wohnungen bauen und fertig geplante Bauprojekte endlich umsetzen. Damit schaffen wir leistbaren Wohnraum und sichern Aufträge für regionale Betriebe“, so Winkler.

Gemeindefinanzen: Starke Gemeinden sind das Rückgrat von OÖ. Martin Winkler betont: „Wenn wir die Umlagen an das Land an den Bundesdurchschnitt anpassen, hätten die oö. Gemeinden rund 220 Mio. Euro mehr pro Jahr zur Verfügung. Dieses Geld ist in den Gemeinden besser aufgehoben und kann in regionale Wirtschaft und Infrastruktur fließen.“

Gesundheit: Die SPÖ OÖ steht für ein Gesundheitssystem, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt, und das sowohl auf Personal- als auch auf Patientinnen- und Patientenseite. Es soll unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort wieder verlässlich für alle funktionieren.

GEMEINSAM RICHTUNG 2027

Die SPÖ Oberösterreich sucht auch 2026 verstärkt den Austausch mit den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern. „Wir sind ein starkes Team und wollen Politik auf Augenhöhe machen. Zuhören, Probleme lösen und OÖ stark machen, das ist unser Weg“, betont Martin Winkler. 2027 entscheiden die Menschen über den neuen Kurs für Oberösterreich.



derwinklerplan.at

Medieninhaber:

Ing. Wolfgang Ensinger, Zeitungsverantwortlicher SPÖ Buchkirchen, Kreuzlandstraße 18, 4611 Buchkirchen

Herausgeber

Benjamin Obermeier, Ortsparteivorsitzender SPÖ Buchkirchen, Lachgrabenstraße 38, 4611 Buchkirchen

Druck: onlineprinters.at

Bildnachweis: SPOE, SPÖ Buchkirchen, pixabay.com